

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6gespalt. mm-Zeile 15 Pl., 3gespalt. Textzeile 60 Pl., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzahlung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter Allg. Jüd. Familienblatt erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion:  
Allgemeines Jüdisches Familienblatt  
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516  
Postscheckkonto Nr. 216 90  
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenbezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Georg Joachimstal, Zöllnerplatz 11. Ruf 61 009.



**Singer Nähmaschinen**  
MIT MOTOR U. NACHLICHT  
Ersichtliche Zahlungsbedingungen  
SINGER NÄHMASCHINEN  
AUSIENDELSGESELLSCHAFT

In Leipzig  
C 1, Petersstraße 14 (Singerhaus)  
S 3, Südstr. 26  
W 31, Zschochersche Str. 24  
N 22, Hallische Str. 97  
O 30, Eisenbahnstr. 84

## Für das arbeitende Palästina

Von Arnold Zweig.

Als Zionist und Sozialist ergreift hier der berühmte Verfasser das Wort für das jüdische Arbeiterwerk in Palästina. (Red.)

Seit zehn Jahren weiß die Welt etwas von Zionismus, d. h. von dem Versuch der Juden, mittels jüdischer Arbeit in Palästina eine Heimstätte zu errichten, in der Juden nicht als Sündenböcke, nicht als Dolchstoßträger, nicht als fremdblütige und mit Peinlichkeit behaftete Mitbürger, sondern als volle Bürger nach dem Maßstab ihres produktiven, Gesittung fördernden Wesens auftreten und auch betrachtet werden können. Die geistige Grundlegung dieser Gesinnung geht tiefer zurück ins 19. Jahrhundert und hat vor dem Kriege Ausprägungen gefunden, die einen eigenen romantischen und doch ganz praktischen Sozialismus ergaben. Es war „Nationalsozialismus“ im wahren Sinne des Wortes: gemäß den Zielen nämlich, erst einmal dem jüdischen Volkstum eine öffentlich-rechtlich sichtbare Gestalt zu geben, mußte ein nationales Moment, nämlich das jüdische Arbeit auf jüdischem Boden durch jüdische Menschen, in ein sonst streng sozialistisches Lebensideal eingebaut werden. Schon vor dem Kriege, in den achtziger Jahren, waren russisch-jüdische Studenten trotz unnennbarer Schwierigkeiten auch politischer Art nach Palästina gezogen, um dort für ihr abstraktes und geistiges Leben den beglückenden, leidenschaftlich ersehnten Kontakt mit der Erde des Landes einzutauschen, sie wurden Kolonisten und sind heute nebst ihren Nachkommen in Palästina längst eingewurzelt. Aber erst während des Krieges, als England rechtzeitig die Wucht erkannte, die in dem Begehren der Juden nach einer eigenen Heimstätte in Palästina liegt, bekam dieser Zionismus, vorher eine Aufgabe idealistischer Gruppen, weltpolitisches Gewicht. Im Vertrauen auf Englands begründendes Gesetz, die Balfour-Deklaration, sind nach und nach über hunderttausend Juden in Palästina eingewandert — in ein Land, das schon vor 1914 durch die türkische Wirtschaft, dann erst recht durch den Krieg sehr verarmt und aufnahmenschwierig geworden war —, von denen heute dreißigtausend Arbeiter sind, Landarbeiter, städtische Arbeiter, eine von verschiedenen geistigen Strömungen durchzogene proletarische Masse, die nach Palästina ging, um ihren Sozialismus am jüdischen Menschen, an jüdischen Gruppen zu verwirklichen und ein vernachlässigtes Stück Land für ein vernachlässigtes Stück Menschheit friedlich zu durchdringen.

Die Schwierigkeiten dieser Arbeit wurden damals, im Rausche des großen idealistischen Aufschwungs der letzten beiden Einwanderungen unterschätzt. Man fühlte

sich, Sozialist durch und durch, zu sicher der Beachtung und Unterstützung durch die ganze sozialistische Welt. Man unterschätzte die Macht, die der Großgrundbesitz wie in Deutschland so auch in Palästina in der inneren Politik des Landes ausübt und womöglich noch zu steigern entschlossen ist. Wie in Deutschland nimmt er auch in Palästina die Form des Hüters nationaler Güter an. Um seine Landarbeiter und Pächter dauernd in Abhängigkeit zu halten, braucht er sie nur gegen die neue jüdische Einwanderung aufzuheizen und eine national-arabische Sache zu schaffen, die aufs Haar genau der national-preussischen Gemeinschaft von Gutsbesitzern und Landarbeitern in Pommern oder Ostpreußen gleicht. Wie leicht sind die Ideale des Islams bedroht, wenn durch den höheren Lebensstandard des jüdischen Arbeiters auch der arabische zum Nachdenken über seine Lage veranlaßt werden könnte. Dazu kommt die aufgeregte Tätigkeit von Konvertiten aller Art, die nach der Sitte von Neugläubigen überall auf der Erde besonders scharf gegen Andersgläubige auftreten; die katholische Kirche hat sich ihrer bedauerlicherweise in den letzten zehn Jahren des öfteren bedient. Und nun, um die gefährdete Situation der jüdischen Arbeiterschaft ganz zu runden, droht auch innerhalb des bürgerlichen Zionismus ein Geist seine Ansprüche anzumelden, der überall auf der Erde zu finden ist, und der die nationalen Einrichtungen der Juden in Palästina nur nach ihrer Rentabilität erhalten will. Dieser Geist, nur auf Zahlen blickend, vergißt allzuleicht, wie lange sich die Kolonisationen nicht rentiert haben, die große kapitalstarke Völker, z. B. das deutsche, an viel weniger ungünstigem Boden, z. B. in Ostafrika, angestrebt haben. Sie gefährden durch ihren an sich richtigen ökonomischen Wirklichkeitsdrang die Grundlage der jüdischen Siedlung in Palästina: die jüdische Arbeit.

Die Arbeiterschaft Palästinas lebt zu einem Teil in kollektivistischen Siedlungen von verschiedenen Typen, in denen Vorpostenarbeit für den Versuch der gesamten Menschheit geleistet wird, neuere und bessere Formen des Zusammenlebens und der Verteilung des Arbeitsertrages zu finden. Um ihrer Idee willen haben sie Boden entsumpft und dem Berg die Steine entrissen, mit der sie durch diesen Sumpf ihre Straße führen konnten. Um dieser Idee willen haben sie jahrelang, viele Jahre, in Zelten und Baracken gelebt. Um dieser Idee willen haben sie in den Städten neue Formen der Genossenschaft versucht und entwickelt, alle den besonderen Bedürfnissen des Landes angepaßt, alle dem Aufbau des Landes

## Chronik der Woche

**Kampf gegen den Antisemitismus die nächste Aufgabe der Jungdemokraten.** Hamburg. (Jta.) In der Jahreshauptversammlung der Hamburger Jungdemokraten nannte der Vorsitzende Erich Lüth als Aufgaben der Jungdemokraten für die nächste Zeit den Kampf gegen den Antisemitismus und die Aufnahme internationaler Beziehungen.

**Antisemitische Hetze der Nationalsozialisten an der Berliner Technischen Hochschule.** Berlin. Am Freitag früh wurde vor der technischen Hochschule in Charlottenburg von nationalsozialistischen Studenten ein Flugblatt verteilt, das in übelster antisemitischer Weise gegen einen Dozenten der Technischen Hochschule, Prof. Dr. Ing. Riebersahn, hetzt. Professor Riebersahn ist vom Senat der Technischen Hochschule das Referat für die Sonnabend nachmittag stattgefundenen offiziellen Reichsgründungsfeier übertragen worden. Der Rektor der Technischen Hochschule hat erklärt, daß er das Flugblatt bereits kenne und die Verteiler habe zu sich kommen lassen.

**Stadtverwaltungen in Polen stützen das „ORT“-Werk.** Warschau. Im Zusammenhang mit der neuen Werbe- und Sammelaktion von „Ort“ in Polen haben bereits mehrere Stadtverwaltungen erneut durch spezielle Subventionen ihr aktives Interesse für die Arbeit und Aufgaben des „Ort“ bekundet. In einer der letzten Sitzungen der Verwaltung der Stadt Brest wurde einstimmig dem Antrag stattgegeben, die Geldsammlungen zugunsten von „Ort“ zu fördern und eine größere Summe für die Zwecke von „Ort“ zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat der Stadt Novgorod-Wolynsk schenkte dem „Ort“-Komitee ein Grundstück im Umfang von ca. 2000 Quadratmetern zum Zwecke der Errichtung einer „Ort“-Schule für fachliche Ausbildung. Mit dem Bau einer Fachschule in Dubno wird schon im März 1930 begonnen werden.

**Erstaufführung des Films „Makkabäer“.** Berlin. Uns wird mitgeteilt: Sonnabend, den 11. und Sonntag, den 12. Januar, fanden die ersten Aufführungen des seit langem mit Spannung erwarteten Filmes „Makkabäer“, ein Film jüdischer Sportjugend, statt. Die vielen Zuschauer, unter denen sich auch hervorragende Führer der deutschen Judenheit, des deutschen Zionismus und des jüdischen Sportes befanden, ließen zwei Stunden lang die prachtvollen, vom Leben und Treiben der jüdischen Sportjugend an sich vorüberziehen. Der von Felix Simmenauer gedrehte Film, ein Werk von Laien, überraschte durch die glänzenden Natur- und Sportaufnahmen und versetzte die Zuschauer in Begeisterung. Der jugendliche Filmkünstler Mara Spiegel schuf einen lieblichen Rahmen für die Vorstellung, die von großer Werbekraft für die Makkabi-Bewegung ist.

dienstbar gemacht. Während die englische Militärverwaltung, antisemitisch unterkelt wie jede Militärverwaltung, die arabischen Großgrundbesitzer und ihre Ansprüche begünstigte, und während die Zivilverwaltung (ungefähr wie die im nahen Osten geschaffenen deutschen Zivilverwaltungen gegen Ende des Krieges, nur verhüllt) den Geist des militärischen Regimes übernahmen, in beständiger Angst vor dem Gespenst des Bolschewismus, gingen die tapferen jüdischen Sozialisten leidenschaftlich daran, das Land aufnahmefähig zu machen für immer neue Einwandererscharen, Malaria zu beseitigen, Wälder zu pflanzen aus Eukalyptus, der schnell wächst, Kindergärten, sogar ein Kinderdorf zu errichten und, die finanziell beständig gefährdete Zionistische Organisation als einzige Stütze und Deckung hinter sich, das Vorwärtsweidende zu leisten, das auf dieser Erde von kleinen Gruppen vollbracht wird. Diese Männer tragen keinen hetzerischen und imperialistischen Völkerhaß mit sich, wohl aber den Geist der zu jedem Opfer bereiten Pionier einer besseren Gestaltung der Erde; und wenn sie als Juden und Sozialisten die Gewalttätigkeit jedes Militarismus doppelt verneinen, bejahen sie damit doch auch das Recht auf ihr eigenes gesichertes Arbeiten und auf Schutz gegen Ueberfälle. Kein Sozialist, ja kein vorurteilsloser Mensch, der sie in Palästina gesehen hat, spricht anders von ihnen als mit höchster Achtung und Liebe.

Heute nun wenden sie sich an die europäische Öffentlichkeit; sie brauchen ihre moralische Unterstützung, um im Kampfe mit all den Gegenkräften nicht zu unterliegen. Unserer, der geistigen Arbeiter, sind sie gewiß. Das bißchen Einfluß, das man als einzelner besitzt, wird zu ihrer Verfügung stehen. Aber ob das Kulturgewissen europäischer Massen und Organisationen in diesem zehnjährigen Niedergang noch so wach und geschärft ist, um Menschen zu Hilfe zu kommen, die für eine friedliche und aufbauende Vergrößerung des Ansehens europäischer Männer an der asiatischen Küste Fuß gefaßt haben? Es wird viel abhängen von der Antwort auf diesen Appell des arbeitenden Palästinas; viel für Palästina, aber noch viel mehr für diejenigen, die diese letzten zehn Jahre hindurch bei jeder Gelegenheit die Macht der Reaktion gestärkt und die des Sozialismus geschwächt haben.

### Mischehen bei Juden in Rußland

Berlin. Interessantes Material über Mischehen und Ehescheidungen bei der jüdischen Bevölkerung Rußlands hat jetzt die Sektion für Wirtschaft und Statistik des Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts (JWO) bearbeitet. Die veröffentlichten Ziffern beziehen sich auf die Ukraine und betreffen die Jahre 1924, 1925, 1926 und 1927, auf das europäische Großrußland, d. h. auf die Sowjet-Republik (RSFSR) ohne den asiatischen Teil (1925, 1926 und 1927) und auf Weißrußland (1926). Des Vergleiches wegen werden auch die Prozente der Mischehen bei Russen, Ukrainern, Weißrussen und Deutschen gebracht. Die Ziffern sind auf je 100 Eheschließungen der betreffenden Nationalität berechnet, für die Ukraine und Weißrußland noch dazu gesondert für Männer und für Frauen.

In der Ukraine haben von 100 Männern, die Ehen eingegangen sind, fremde, nicht derselben Nationalität angehörig, Frauen geheiratet: bei Juden 3.6 (im Jahre 1924), 4.1 (1925), 4.4 (1926) und 4.8 (1927); bei Russen 28.0 (1924), 35.7 (1925), 31.5 (1926) und 30.4 (1927); Polen 25.9, 38.3, 33.0 und 30.2; bei Deutschen 10.5, 11.4, 11.6 und 11.5. Von 100 eheschließende Frauen haben fremde, nicht derselben Nationalität angehörig, Männer geheiratet: bei Juden 4.1 (1924), 4.4 (1925), 4.8 (1926) und 5.1 (1927); bei Russen 18.9, 26.0, 24.0 und 23.8; bei Polen 28.0, 40.6, 34.8 und 33.6; bei Deutschen 9.3, 10.2, 10.3 und 10.7.

Im europäischen Großrußland waren unter 100 Eheschließungen Mischehen: bei Juden 18.8 (1925), 25.0 (1926) und 27.2 (1927); bei Ukrainern 10.1, 12.7 und 14.3; bei Weißrussen 33.8, 37.6 und 48.8;

bei Polen 80.5, 82.6 und 85.6; bei Deutschen 15.3, 10.9 und 14.1.

In Weißrußland haben im Jahre 1926 von 100 eheschließenden Männern fremde Frauen geheiratet: bei Juden 2.0; bei Russen 72.0; bei Polen 33.0; von 100 eheschließenden Frauen haben fremde Männer geheiratet: bei Juden 4.0; bei Russen 40.0; bei Polen 41.0.

Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß der Prozentsatz der jüdischen Mischehen in Rußland in dauerndem Steigen begriffen ist. Besonders stark ausgewachsen ist er in Großrußland, wo er im Jahre 1927 die kolossale Zahl von 27.2 erreicht hat, — eine Zahl, die zweimal so hoch ist, als die betreffende Zahl bei den Ukrainern und Deutschen für das gleiche Jahr. Die ukrainischen und weißrussischen Zahlen zeigen, daß mehr jüdische Frauen Nichtjuden heiraten als jüdische Männer nichtjüdische Frauen.

In der Ukraine sind im Jahre 1927 3092 jüdische Männer und 3087 jüdische Frauen geschieden worden. Von den 3092 geschiedenen Männern waren 236 (7.6 Proz.) mit nichtjüdischen Frauen verheiratet; von den 3087 geschiedenen Frauen waren 231 (7.5 Proz.) mit Nichtjuden verheiratet. Da der Prozentsatz der jüdischen Mischehen im Jahre 1927 in der Ukraine nur 4.8 bei den Männern und 5.1 bei den Frauen war, so ergibt sich, daß die Zahl der Ehescheidungen unter Mischehen anderthalb mal so groß ist wie die Zahl der Mischehen selbst.

In europäischem Rußland (ganz Rußland ohne den asiatischen Teil) sind im Jahre 1926 geschieden worden: 3939 jüdische Männer und 3749 jüdische Frauen, von denen 518 (13 Proz.) Männer mit nichtjüdischen Frauen und 328 (8.8 Proz.) Frauen mit Nichtjuden verheiratet waren.

## Verzweifelte Lage der polnischen Judenheit

### Deklaration des jüdischen Parlamentsklubs im Sejm

Warschau, 17. Januar. (JTA.) Im Verlauf der Hauptaussprache über die vom Ministerpräsidenten Bartel im Sejm verlesene Regierungserklärung ergriff der Sejndeputierte Hartglas das Wort, um im Namen des jüdischen Parlamentsklubs die folgende Deklaration zu verlesen.

Der Herr Ministerpräsident Bartel hat in seinem Exposee unter anderen Staatsangelegenheiten auch das jüdische Problem berührt, ist aber nur auf die Frage der jüdischen Religion und der jüdischen Gemeinden etwas eingegangen und hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß diese Angelegenheiten durch entsprechende Dekrete geregelt werden sollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage der Organisation der jüdischen Gemeinden, besonders der in den Grenzgebieten, die auf ein totes Geleis geschoben wurde, jetzt eine endgültige Regelung erfordert, damit endlich das Gebäude der jüdischen Selbstverwaltung fertiggestellt werde. Die Frage der Gemeindesteuern wurde nicht geregelt, die Budgets wurden nicht bestätigt, es fehlt eine Regelung betreffend Wahl von Rabbinern. In Kongreß-Polen selbst wurden Neuwahlen nicht ausgeschrieben, obwohl die Geltungsdauer der bisherigen Gemeindeverwaltungen überschritten ist. Der im Gemeindegesetz vorgesehene religiöse Rat ist noch nicht in Funktion. Sollte die Regierung des Herrn Bartel all das im Sinne der jüdischen Forderung zur Erledigung bringen, wird sie sich die Anerkennung der jüdischen Bevölkerung erringen. Wir betonen aber mit aller Entschiedenheit, daß die Frage der jüdischen Gemeinden das jüdische Problem in Polen nicht erschöpft, es gibt Probleme, die mehr wehe tun.

Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung ist eine verzweifelte, die im Lande herrschende Wirtschaftskrisis trifft besonders schwer die Juden, die aus den bisher von ihnen eingenommenen Positionen in Handel und Industrie — sei es in Gesellschaften privaten Charakters, die durch die Regierungsfaktoren toleriert werden, sei es in staatlichen Monopolzweigen, in den vom Staate eingerichteten Kartellen und in etatmäßigen Experimenten zur Hebung von Industrie und Handel — systematisch hinausgestoßen werden.

Die wirtschaftlich hinausgestoßenen Juden werden in keine Ämter oder Unternehmungen, die von der Regierung geleitet oder subventioniert werden, aufgenommen; nichts wird für die berufliche Umschichtung der verarmten jüdischen Massen getan, im Gegenteil, man erschwert den Juden den Zugang zu Landwirtschaft und zu physischer Arbeit bei den staatlichen und kommunalen Institutionen. Die Anstrengungen der jüdischen Gesellschaften für eine Berufsumschichtung der verarmten und ökonomisch hinausgestoßenen jüdischen Bevölkerung werden in keiner Weise unterstützt.

Die Steuerlasten werden nach wie vor in der Hauptsache auf die Schultern der wirt-

schaftlich ruinierten Juden geladen, und für das Geld, das man den Juden abnimmt, werden Institutionen errichtet, deren wesentliche Aufgabe es ist, eben die jüdischen Steuerzahler weiter dem Ruin entgegenzuführen.

Die antijüdischen Beschränkungen aus der Zarenzeit werden in der Praxis noch immer angewandt.

Auf dem Gebiete des jüdischen Schulwesens hat sich ebenfalls noch nichts zum Besseren gewendet. Im Gegenteil, es sind Anzeichen der Verschlechterung zu konstatieren. Nicht nur den jüdischen Studienwilligen im Inlande, sondern auch denjenigen jüdischen Studenten, die sich zum Medizinstudium nach dem Ausland begeben wollen, werden Schwierigkeiten bereitet.

Die jüdische Bevölkerung hat keine Elementarschulen mit jiddischer und hebräischer Unterrichtssprache (gemäß den kulturellen Bedürfnissen der Juden), die Zahl der jüdischen Lehrer in den Elementarschulen, die von jüdischen Kindern besucht werden, wird immer mehr reduziert, die entlassenen jüdischen Lehrer werden durch Nichtjuden ersetzt. Zu Schulen, die von nichtjüdischen Kindern besucht werden, haben jüdische Lehrer überhaupt keinen Zutritt. Dem jüdischen Fachschulwesen werden ungeheure Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Regierung gewährt den jüdischen Fachschulen keinerlei Stütze, sie streicht jene Budgetpositionen der Stadtverwaltungen, die für jüdische Bildungs- oder philanthropische Institutionen bestimmt sind.

Das Gesetz über die Zwangssonntagsruhe zwingt die ihrem Glauben anhängende jüdische Bevölkerung, zwei Tage in der Woche zu feiern, wodurch ihr Einkommen und ihre Konkurrenzfähigkeit gemindert werden.

Wir stellen mit Bedauern fest, daß in dem Exposee des Ministerpräsidenten auf diese traurige Lage der jüdischen Bevölkerung nicht mit einem Worte Bezug genommen wurde. Wir halten es für notwendig, gegenüber der jüdischen und der allgemeinen Öffentlichkeit im Lande, die wirtschaftliche Position des polnischen Judentums darzulegen, und erwarten, daß die Regierung die Notwendigkeit einsehen wird, sich ernstlich allen diesen Fragen zuzuwenden und das Notwendigste zu veranlassen, daß diese katastrophale Lage der jüdischen Bevölkerung beseitigt wird. Die geschilderten Zustände dürfen nicht länger andauern, sollte nicht auch dem Staate ernster Schaden daraus erwachsen.

**Domäne**  
Die milde Zigarette

24. Januar 1930

# Der Bayrische Landesverband an den Landtag

München. Der Verband bayrischer israelitischer Gemeinden hat die folgende Eingabe an den Bayrischen Landtag gerichtet:

„Zu dem Entwurf eines Gesetzes über das Schlachten von Tieren (Bayrischer Landtag, 3. Tagung 1929/30, Beilage 894) gestatten wir uns als die öffentlich-rechtliche Vertretung der Israeliten in Bayern folgendes auszuführen.

Der Entwurf sieht ein für Bayern allgemein verbindliches Gebot der Betäubung der für den menschlichen Genuß wichtigsten Schlachttiere vor und läßt keine Ausnahme für das vom Religionsgesetz vorgeschriebene Schächten der Juden zu. Er verhindert dadurch das rituelle Schlachten, da eine nach jüdischer Lehre gebilligte Betäubungsmethode derzeit nicht vorliegt.

1. Der bei Inkrafttreten des Gesetzes sich ergebende Rechtszustand schließt einen schweren Gewissensdruck nach der religiösen Seite in sich, der von der gesamten jüdischen Bevölkerung des Landes als solcher empfunden wird. Denn er unterbindet den nach dem jüdischen Ritualgesetz lebenden Religionsgenossen den Genuß des wertvollsten Nahrungsmittels und entzieht kranken Menschen einen zu ihrer Wiederherstellung wichtigen Nahrungsstoff. Die jüdische Bevölkerung des Landes empfindet darum das Gebot der ausnahmslosen Betäubung der Schlachttiere als einen schweren Eingriff in die ihr durch die Verfassung des Reiches und des Landes gewährleistete Gewissensfreiheit.

2. Die Reichsgesetzgebung steht derzeit dem Verbot der rituellen Schlachtung durch ein Landesgesetz entgegen (vergl. das der Staatsregierung vorgelegte Gutachten des Geheimrats Professor Dr. Dyroff der Universität München vom 8. 12. 1926). Es erscheint aber auch nicht zweckmäßig, die Angelegenheit für ein einzelnes Land zu regeln, da der Reichsgesetzgeber bei der demnächst einsetzenden Beratung des Entwurfs zu einem Reichsstrafgesetzbuch sich mit der Frage beschäftigen muß.

3. Wir halten daran fest, daß der durch Jahrtausende als religiöse Schlachtart geübte Halsschnitt eine Tierquälerei nicht darstellt. Es sei hier bemerkt, daß das jüdische Religionsgesetz auf Schutz und Pflege der Tiere eine so weitgehende Rücksicht nimmt, wie sie in keinem modernen Staate erreicht ist. Zu der Sache selbst erklären wir:

Die Durchschneidung der großen Halschlagadern hat eine so bedeutende plötzliche Blutentziehung aus dem Hirnkreislauf zur Folge, daß alle Erscheinungen, die am geschlachteten Tier auf Schmerzäußerung hindeuten könnten, nur reflektorisch entstanden, also nicht mehr von Bewußtseinserscheinungen begleitet sind. Wohl ist dies nicht unbestritten. Die hervorragendsten Physiologen Deutschland und anderer Länder aber vertreten diesen Standpunkt, die Frage erscheint darum vom wissenschaftlichen Gesichtspunkt aus nicht be-

reift. Wir gestatten uns hierher auf unsere Eingaben an den Landtag vom 10. 5. 1926 und 14. 5. 1929 samt Beilage zu verweisen.

4. Wir berücksichtigen jedoch die Tatsache, daß weite Kreise des Volkes in der Betäubung vor dem Schlachten eine Forderung des Tierschutzes erblicken, und haben darum unter Aufwendung erheblicher Kosten uns bemüht, eine Betäubungsmethode ausfindig zu machen, die mit den religiösen Vorschriften vereinbar ist. Wir haben zu diesem Zweck seit einer Reihe von Jahren Versuche auf chemischem und elektrischem Wege angestellt, die ein von den religiösen Instanzen gebilligtes Ergebnis aber bisher nicht zur Folge gehabt haben. Die Versuche sind nicht abgeschlossen und werden mit Nachdruck fortgesetzt. Es kann aber nicht gesagt werden, zu welchem Zeitpunkt ein positives Ergebnis erwartet werden kann.

**E. SAXL**  
Bänder - Spitzen - Modewaren  
**jetzt nur noch**  
**Petersstr. 1-7**  
gegenüber von STECKNER

5. Wird der Entwurf zum Gesetz erhoben, so fallen neben der im Vordergrund stehenden ideellen Bedrückung erhebliche wirtschaftliche und soziale Nachteile ins Gewicht.

Die nach dem jüdischen Religionsgesetz lebende Bevölkerung ist genötigt, soweit sie wirtschaftlich hierzu imstande ist, ihr Fleisch aus den deutschen Nachbarländern oder aus dem Ausland zu beziehen. Es leidet dadurch die heimische Volkswirtschaft. Es leiden die bayerischen Kurorte, die von der strenggläubigen Bevölkerung insbesondere auch des Auslands mit Vorliebe aufgesucht werden, und es leidet der Fremdenverkehr des Landes. Die jüdischen Metzger und Gastwirte werden mit den von ihnen abhängigen Gewerbetreibenden in ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichtet und die Schächtleute fallen der jüdischen Allgemeinheit zur Last.

6. Es wird in der Begründung zum Gesetzentwurf betont, daß die Schweiz und Norwegen ein Schächtverbot eingeführt haben. Die Schweiz ist ein kleines Land, in dem die jüdische Bevölkerung sich das Fleisch leicht außerhalb der Grenzen beschaffen kann. In Norwegen aber leben nur wenige Juden.

In keinem anderen Staate der Welt, auch in keinem deutschen Lande, besteht ein Schächtverbot. Von Gesetzgebungsakten in anderen Ländern sei hervorgehoben, daß in Preußen durch Beschluß des Landtags vom 21. 3. 1928 unter Ablehnung entgegenstehender Anträge das rituelle Schlachten, wenn auch nicht über den Bedarf der jüdischen Bevölkerung hinaus, als zulässig anerkannt wurde, und daß neuerdings in

Schottland die den Betäubungszwang anordnende Schlachthofbill vom 3. 8. 1928 keine Anwendung findet bei den Schlachtungen der Juden und Mohammedaner durch religiöse autorisierte Personen, sofern nur eine unnötige Quälerei mit der Schlachtung nicht verbunden ist. In England ist Ende Dezember 1928 ein Gesetzentwurf des nämlichen Inhalts im Unterhaus eingebracht worden.

Es sei in diesem Zusammenhange daran erinnert, daß nach bayrischen Staatskirchenrecht (vergl. Z. 4 der ME. vom 29. 6. 1863, die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinden betreffend, Ministerialblatt für Kirchen- und Schulangelegenheiten, 1865, Nr. 18, S. 218) bis zum Erlaß der neuen Verfassung die Beschaffung ritualmäßigen Fleisches als Aufgabe und Merkmal einer israelitischen Kultusgemeinde in Bayern bezeichnet wurde, und daß die Gemeinde Gefahr lief, die Körperschaftsrechte zu verlieren, wenn sie dieser Verpflichtung nicht genüge.

7. Es kann nicht angenommen werden, daß der bayrische Staat, der sich den Schutz der Gewissensfreiheit stets in besonderem Maße hat angelegen sein lassen und den religiösen Bedürfnissen der israelitischen Glaubensgemeinschaft jederzeit Rechnung getragen hat, heute einen solchen Gewissensdruck in seinem Lande ausübt und unter Androhung von Gefängnisstrafen die Befolgung religiöser Vorschriften der Sache nach verbietet.

Es wird darum die Bitte gestellt, der Bayrische Landtag möge in dem Gesetz über das Schlachten von Tieren eine Ausnahme für das den israelitischen Kultusgemeinden obliegende rituelle Schlachten zulassen.  
gez. Dr. Neumeyer.“

Die bayrische Regierung bringt im Landtag einen Gesetzentwurf ein, dessen Annahme mit einem Schächtverbot gleichbedeutend wäre. München. Die bayrische Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorgelegt, der mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 anordnet, daß Schlachttiere vor Beginn der Blutentziehung zu betäuben sind. Es handelt sich bei dem neuen Gesetz, das auf einen Mehrheitsbeschluß des Landtages zurückzuführen ist, um ein Verbot des jüdischen rituellen Schächtens für Bayern.

Als seinerzeit auf Antrag der Nationalsozialisten der Bayrische Landtag mit einer Mehrheit einen Beschluß annahm, mit welchem die Regierung aufgefordert wurde, einen solchen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, stellte sich die Regierung auf den Standpunkt, daß ein solches Gesetz eine Einschränkung der Glaubensfreiheit bedeuten und der Reichsverfassung widersprechen würde. Man weiß hier nicht, was die Regierung nunmehr zu der Aufgabe dieses Standpunktes bewogen hat. Am vergangenen Mittwoch wurde der Entwurf vom Ministerrat verabschiedet, er wird am Mittwoch, dem 22. Januar, den Verfassungsausschuß beschäftigen, und sodann vor das Plenum des Landtages kommen.

Ein Jude portugiesischer Konsul in Lodz. Lissabon. Die portugiesische Regierung hat den bekannten Lodzer Industriellen A. J. Brzezynski, Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde und Vertreter der Nichtzionisten im Council der Jewish Agency, zu ihrem Konsul in Lodz ernannt.

Nutzen Sie  
die letzten Tage unseres  
**Inventur-Ausverkaufs**  
aus  
Die Vorteile sind  
ganz gewaltig!

# SONDER & CO

Die große Etage mit den kleinen Preisen  
Petersstr. 16 Petersstr. 16

# UNTERHALTUNG UND WISSEN

## Unter dem Himmel von Palästina

Und — immer wieder die Löwen — —

(Aus dem Französischen von Myriam)

Die blutigen Ereignisse in Palästina regten eine große Zahl von Schriftstellern an, Parallelen zwischen Diaspora und Palästina zu ziehen. Nachstehend eine charakteristische Erzählung einer französischen Novellistin. (R e d.)

„Rachele, mein Kind, was ist heute mit Dir? Du bist blaß und traurig. Heute ist doch ein schöner Tag für Dich; freue Dich, sei glücklich! — — —  
„Ich bin es ja, Mamitschka, ich bin ja glücklich — — —

„Ich möchte es ja glauben, mein Herz, aber wenn ich Dich ansehe, in Deine traurigen Augen blicke — — —

Rachele putzte den Spiegel, beschaute sich drin und versicherte von neuem: „Es ist alles gut.“

Aber nach einer Weile:

„Vielleicht ist es auch die Erinnerung an einen bösen Traum, die ich nicht verschrecken kann.“  
Die junge Mutter wurde böse und klapperte heftig an ihrem Strickstrumpf drauf los.

„Schon wieder plägst Du Dich mit einem Traum. Ich habe es Dir doch hundertmal gesagt: hat man einen Alpdruck gehabt, so spuckt man dreimal schön aus und schaut dabei zum Fenster; dann vergißt man sofort alles und alles ist wieder gut — — —

Das junge Mädchen lachte hell auf. „Stell Dir vor, Mütterchen, ich habe geträumt, daß ich Boris Godunow heiratete!“

„Wer ist dieser junge Mann? Den kenne ich nicht.“

„Ich auch nicht, Mama; er ist schon vor dreihundert Jahren gestorben. Er war Minister und vergiftete seinen Zar, um selbst regieren zu können.“  
„Hör schon mit diesen dummen Geschichten auf. Du liest zuviel. Kein Wunder, daß Du dann in der Nacht böse Träume hast. Was nützt diese ganze Romanleserei?“ —

Stille. Beide Frauen arbeiteten ruhig weiter. Das Zimmer hatte vier große Fenster, zwei gingen auf einen Hof, zwei andere auf einen stillen Garten.

Es war in den ersten Frühlingstagen. Der Himmel war blau, die Luft milde und durchtränkt vom Duft der Akazien und des Weißdorns.

In diesem Land ist der Frühling schöner als irgendwo anders. Die Bäume tragen dichtes Laub, duftwürzige Rosen wachsen in Mengen, die Flüsse ziehen langsam, friedlich dahin. Der Sommer ist besonders heiß und hell, der Herbst beruhigt. Und im Winter sind die Nächte klar wie der Tag und die Landschaft liegt da wie im Traum. Ein schönes, ein gesegnetes Land. — — —

Das junge Mädchen war so zart und schlank, daß sie mit achtzehn Jahren wie eine Vierzehnjährige aussah. Sie trug ein helles Kleid und um die Stirne ein rotes Band; ihre Haut war von einem sanften Braun, ihre Augen schwarz und lebhaft. Sie glich ihrer Mutter, die ihr schwarzes Haar immer fromm mit einem Seidentuch bedeckt trug, das ihre Stirn bis zu den Augen bedeckte. Sie war mit sechzehn Jahren an einen um dreißig Jahre älteren Onkel verheiratet worden, dem sie sieben Kinder geboren hatte. Seit einigen Jahren war sie Witwe. Zwischen ihr und ihrer Ältesten war eine große, stumme Liebe; aber die Mutter

konnte kaum lesen; während die Tochter das Gymnasium besucht hatte und las, was sie erreichen konnte.

„Ja, Rachel, es ist ein schöner Tag für Dich. Gott segne diesen Tag.“ „Ja, Mütterchen, ein schöner Tag — — —“

Beide seufzten gleichzeitig tief auf.

„Oh, wenn er noch lebte — — —“  
„Armes Väterchen! Er hat nicht mehr das Ende unserer Qual erlebt, die glückliche neue Zeit, die fast wie ein neues Wunder von Moses ist.“

Rachele trocknete ihre Augen.

„Weine nicht, mein Seelchen“, sagte die Mutter. „Dein Vater war ein mutiger Mann, er liebte Gott. Und sein Vertrauen zu ihm war so groß, daß er niemals wirklich unglücklich war. Erwähne Dich an seine guten Worte, an seine Ruhe während der schrecklichsten Stunden!“

„Ich erwähne mich“, sagte Rachele, und ein Lächeln verklärte ihr Gesichtchen. „Ich erwähne mich.“

„Er hat immer gesagt: „Gott erneuert täglich das Wunder Daniels, der in die Löwnegrube geworfen wurde. Auch wir sind unter schrecklichen, grausamen Löwen unser ganzes Leben lang, aber Gott wacht und sie werden uns nicht verschlingen. Ihre Angriffe, ihre Bisse werden wir geduldig ertragen und unser ewiges Leben dort oben wird desto herrlicher sein.““

Beide schwiegen und dachten an ihren lieben Toten. Während eines Pogroms war er aus Angst um seine Tochter plötzlich gestorben, ohne zu leiden.

Aber bald dachten beide wieder an ihr großes Glück, das so plötzlich gekommen war, daß sie noch wie betäubt davon waren.

Nach Jahrhunderten der Verfolgung, des Leidens, lebten die Juden plötzlich wieder frei, ruhig und glücklich — sie meinten oft, noch zu träumen.

Freilich — Blut war geflossen. Aber Rachele, ihr Vater, ihre Familie, hatten „das“ nicht gewollt.

Menschen — Feinde und Freunde — waren qualvoll zugrunde gegangen. Das schlimmste Unglück hatten sie durchgemacht, Hunger, Elend, Kälte, den Tod eines Bruders, eines Sohnes — — — Aber die Zeit war vergangen und ein neuer glücklicher Morgen war angebrochen. Der Gott Israels sei gelobt. — — —

„Rachele, deck’ den Tisch, die Kinder werden bald aus dem Cheder heimkommen, die Burschen aus der Werkstätte. Grigori kommt doch heute zum Essen?“ —

„Ja, in einer Stunde kommt er, wir gehen nachher aus.“

„Ich habe guten Entenbraten gemacht und Kuscha, Dein Verlobter ißt das so gern.“

„Heute Abend sind wir in seiner Familie; wir wollen Verlobung feiern, den Teller zerbrechen — — —“

Die Mutter wurde traurig. So gerne hätte sie die Verlobung bei sich zu Hause gemacht, aber Grigori Grigorjewitsch hatte so darauf gedrungen.

Rachele deckte den Tisch, stellte weißen Pflöder und Rosen darauf, die ihr Bräutigam ihr geschickt hatte, und sang ein altes ukrainisches Lied, dessen melancholische Weise eine längst vergangene Zeit heraufbeschwor.

(Fortsetzung folgt.)

### Hunderte von Teppichen

Gardinen . . . Hunderte Meter Möbel- u. Dekorationsstoffe warten noch auf Sie. DREWS-Qualitäten zu Ausverkaufspreisen!

**TEPPICH-DREWS**  
KÖNIGSPLATZ - ECKE



### Bücherschau

Dr. Moses Beilinson:  
Zum Jüdisch-Arabischen Problem

Von Dr. Moses Beilinson, dem Redakteur des „Dawar“ in Tel Aviv, liegt in deutscher Sprache eine Aufsatzreihe über das jüdisch-arabische Problem vor. Die Artikel beginnen am 30. Juli, also kurze Zeit vor den Ereignissen in Palästina, und schließen am 22. November 1929. Eine klare und eindeutige Stellungnahme zum arabischen Fragenkomplex beleuchtet die gegenwärtige Lage, ihre Schwierigkeiten und die Wege zu deren Lösung.

Das Wesentliche an der Beilinsonschen Broschüre für den deutschen Zionisten ist die Tatsache, daß hier ein Mann, der innerhalb der palästinensischen Wirklichkeit steht, zu Friedensforderungen und zur Ablehnung der nationalen Phrase kommt wie wir hier. Doch uns wird oft die Berechtigung zu dergleichen Schlüssen abgesprochen, weil wir vom sicheren Post aus gemächlich raten können.

Mit plastischer Deutlichkeit führt uns Beilinson den unglaublichen Schaden vor Augen, der durch die Erhebung der Klagemaueraffäre zur Frage der nationalen Ehre entstanden ist. Wiederholt erhebt er in den Wochen vor dem 23. August seine Stimme, um vor Aufbauschung der Angelegenheit, z. B. durch den „Klagemauerauswurf“, zu warnen, da hier dauernder Zündstoff und die Möglichkeit zu Blutvergießen liegen.

In der Frage nach dem eigentlichen Charakter der Ereignisse verneint er ihre politische oder soziale Natur, sieht sie auch nicht als Pogrom, als Ausbruch des Volkszorns, an, sondern glaubt, daß sie zu nationalpolitischen Zwecken durch religiöse Hetze und mittels der Auffassung, daß „die Regierung mit ihnen sei“, organisiert wurden. Selbstverteidigung des Jischuw und Sicherheitsmaßnahmen der Regierung als Gebot der Stunde vermögen zwar das Gefühl von der Preisgegebenheit der Juden aus den Herzen der Araber zu entfernen, doch die Erzeugung einer friedlichen Atmosphäre sei wichtiger als Polizei und Bewaffnung.

Auf dem Wege zum Frieden sei durch gegenseitiges Kennenlernen viel zu erreichen. Die politische Arbeit des Zionismus dürfe sich nicht auf Warschau, Paris und London beschränken, sondern müsse mit aller Energie auch in den Zentren des nahen Orients einsetzen. In Palästina selbst genüge nicht die rein menschliche Annäherung, sondern die an eine Gruppe sei notwendig. Hier erkennt Beilinson klar, daß mit der Gruppe der Effendis und augenblicklichen Machthaber keine dauernde Verständigung möglich ist, denn sie sind notwendigerweise Feinde des Zionismus. Sie sind auch Feinde der arabischen Massen, auf deren Unterdrückung ihre Stellung aufgebaut ist. Mit diesen Massen der Fellachen und Arbeiter aber müssen wir unsern Frieden schließen.

Der beträchtliche Unterschied im sozialen Lebensniveau zwischen Juden und Arabern in Palästina sei ein ständiger Explosionsherd. Deshalb müßten die Regierung und die zionistische Bewegung durch geeignete Maßnahmen das soziale Niveau der unteren arabischen Schichten heben, z. B. durch Arbeitergesetzgebung, Frauen- und Kinderschutz, Gründung von Hospitälern und Schulen usw. Neuartig und bedeutungsvoll sind seine Vorschläge zur palästinensischen Agrarreform, die er im Stil der englischen Reform der letzten Jahrzehnte ohne Blutvergießen und ohne Bürgerkrieg durchgeführt wissen will. Dieses positive Programm sei die Antwort auf die berechtigte Frage der jungen arabischen Generation, was die Juden ihnen zu bieten haben. Doch „wir dürfen nicht das Mittel zum Zweck machen. Nicht um andere zu befreien kamen wir hierher, sondern um uns selbst zu befreien; den anderen sind wir zu helfen bereit, aus der Erkenntnis heraus, daß unsere Befreiung nicht möglich ist in einer Umgebung der Sklaverei.“

An dieser Stelle kann ich nur auf einige der von Beilinson behrührten Fragen hinweisen. Man muß selbst zu dem Heftchen greifen und es lesen; man darf nicht, in der Meinung, es sei schon viel über das arabische Problem gesprochen und geschrieben worden, daran vorbeigehen; denn es handelt sich hier nicht um theoretische Betrachtungen, sondern um praktisch durchführbare Vorschläge.

Dr. Ernst Markowicz.

## RIQUET-TEE



aus asiatischen Sonnenländern gebürtig, von sorgsamer Hand gepflückt, mit kundigem Sinn gemischt, edel im Geschmack, ergiebig, kraftvoll und mannigfaltig in seiner Eigenart. Achten Sie auf die den Packungen beigegefügte Gutscheine!

WÜRZT FROHE PLAUDERSTUNDEN

Erstens, die Organismus, s...  
ringt nichts  
ibt keine „J...  
ie von junger...  
Zweitens, Ju...  
em seine Kräfte...  
konzentrieren...  
ne suchen W...  
Drittens, J...  
Suchen und ei...  
ist dynamisch...  
darum wird n...  
der Jugend ei...  
eifte fortsetz...  
Beispiel: Je...  
ert, welche r...  
achten, denn...  
vir zum Grun...  
ensfähig nur...  
uß sie erklin...  
us ihr gehö...  
teiligen Tag...  
Diese These...  
gen, unklar...  
ugend in die...  
en“ mit vers...  
Problemen zu...  
en Welt übli...  
Wenn man...  
end „anders...  
sicherheit“ er...  
Zuwendung d...  
tern, an die...  
Emanzipation...  
so muß man...  
an diesen D...  
sondern daß...  
Zeit sich gew...  
anlassen and...  
in diesem...  
Bühne: — U...  
die Situation...  
durchdringen...  
das Leben. S...  
fassung — w...  
Diese Kul...  
unterstützt d...  
bewegung w...  
solcher U...  
schaffen, der...  
nur auf das...  
Dieses Lang...  
te Stützpunk...  
Und dann...  
Idee in der...  
auch bei al...  
wirklich leb...  
bewegung i...  
Idee und ih...  
zur ein orga...  
ischer Luft...  
Diese U...  
zionistischen...  
Letzten. Ich...  
nen ehrliche...  
als Vorwur...

### Jah...

Die gegen...  
tagd nach...  
bringen. D...  
das sind ge...  
entgegentre...  
lassen, um...  
Annäherung...  
es — staat...  
Völker org...  
stellung sol...  
und nicht...  
Palästina i...  
delt es sich...  
Epochen, d...  
ist.

Das Judo...  
Bedürfnis...  
Arabern in...  
dokumentie...  
passung vo...  
hätten wir...  
chen, uns...  
gerade dar...  
uns anzup...  
das als Fo...  
aufsuchte

# Bahn frei für die Jugend!

Von A. Rafaeli.

Erstens, die Jugend ist nicht ein teleologischer Organismus, sie lebt nicht als Selbstzweck, sie bringt nichts spezifisch Eigenes hervor, denn es gibt keine „Jugendkultur“, höchstens Kulturwerte, die von jungen Leuten geschaffen sind.

Zweitens, Jugend ist Zustand des Menschen, in dem seine Kräfte am frischesten, aktivsten und am konzentriertesten sind; sie haschen nach Bestätigung, sie suchen Wege für ihre Auswirkungen.

Drittens, Jugendbewegung ist ein kollektives Handeln und ein Beschreiten der Wege. Die Jugend ist dynamisch, denn sie wächst und wird älter, darum wird nur der Weg dem wirklichen Wesen der Jugend entsprechen, welchen sie auch als Geübte fortsetzen kann.

Beispiel: jene Jugendbewegungen sind gescheitert, welche nur die Wege der Jugend zu finden suchten, denn solche gibt es nicht. Hier kommen wir zum Grundsätzlichen: Jugendbewegung ist lebensfähig nur dann — und darin liegt ihr Sinn — daß sie erkämpft die Bahn des Menschen, welcher aus ihr geboren wird; sie kämpft nicht für den heutigen Tag.

Diese Thesen müssen vielfach unterstrichen werden, um klarzulegen, daß es grundfalsch ist, die Jugend in die Abstraktheit zu heben, „Jugendlehren“ mit verschiedenen dazugehörigen Fragen und Problemen zu begründen, wie es jetzt in der ganzen Welt üblich ist.

Wenn man davon spricht, daß die heutige Jugend „anders“ ist, wenn man an die „neue Sachlichkeit“ erinnert, an den scharfen Materialismus, Aenderung der Beziehung zwischen den Geschlechtern, an die damit zusammenhängende routinale Emanzipation der Frau, an die Rolle des Sportes, so muß man sagen, daß nicht die Jugend schuld in diesen Dingen ist, nicht sie ist ihr Urheber, sondern daß die Gestalt und der Inhalt unserer Zeit sich gewandelt hat, geänderte Umstände veranlassen anderes Trachten und Handeln, und erst in diesem Moment erscheint die Jugend auf der Bühne: — in ihrem psychologischen Vermögen die Situation am schnellsten zu erfassen und zu durchdringen — und zieht die Folgen und formt das Leben. So wird sie in ihrer dynamischen Verfassung — wie immer — Träger des neuen Geistes.

Diese Kulturkonstellation des heutigen Tages unterstützt die obengenannten Thesen: eine Jugendbewegung wird nicht scheitern, wenn sie Träger solcher Ideen ist, die einen neuen Menschen schaffen, denn dann beziehen sie sich schon nicht nur auf das Vorübergehende, auf das Langsamen. Dieses Langsamen ist für das Leben nur ein Mittel, die Stützpunkt.

Und dann liegt die ganze Kraft und Stärke einer Idee in der Jugendbewegung. Denn Ideen können auch bei alten Menschen entstehen, nicht aber wirklich leben und entwickeln. Nur eine Jugendbewegung kann Menschen — Verkörperung der Idee und ihre Kämpfer — formen und bilden und nur ein organisch verwurzelter und nicht ein ideeller Luftmensch kann sie realisieren.

Diese Unverwurzeltheit charakterisiert unsere zionistischen Führer: von den Ersten bis zum Letzten. Ich meine es nicht subjektiv — sie können ehrliche Zionisten sein — (dann soll das nicht als Vorwurf, sondern als Konstatierung gelten),

aber sie sind keine organischen und darum keine kämpferischen Zionisten, weil sie von auswärts kamen, sie kamen in die Bewegung, ein Kämpfer kann aber nur aus der Bewegung geboren werden.

Im Osten ist dieser neue Typus im Entstehen, es ist schon angedeutet, er kann sich völlig nur in der Jugendbewegung entwickeln.

In Deutschland gibt es aber keine zionistische Jugendbewegung, denn die Führer des Zionismus sind pessimistisch und schwankend, sie erfassen nicht den wahren Sinn, welchem die in dem Zionismus geborene Jugend spürt, für sie ist unser Kampf noch Ideologie, und Ideologien sind — wie bekannt — für durchschnittlichen Menschen etwas Unbeständiges.

Man kann keine Jugendbewegung haben, wenn man an seiner Existenzberechtigung zweifelt, sie kann entstehen — nur wenn die Idee absolut ist, d. h. — Lebensziel, einzige und unbedingte, wenn man überzeugt ist, daß der geführte Kampf zugleich ein Kampf für die Menschheit, Verbesserung der Welt und andere schöne Ideale ist.

Der unermessliche Fehler unserer Führer besteht darin, daß sie selbst noch dieses nicht einsehen, daß sie auf vielen Fronten auf einmal kämpfen wollen, daß man die Idee mit „wenn“ und „aber“ bedingt.

Dann gibt es in Deutschland jugendliche Zionisten, nicht aber eine Jugendbewegung.

Wie ein Vater, der tagaus täglich arbeitet, um für die Kinder Brot zu verdienen und meint, daß seine Pflicht getan ist, daß die Kinder keine Seele haben. Wir bekommen von unsern zionistischen Vätern nicht einmal zionistisches Brot. Zionistische Steine bekommen wir von ihnen. Die Jugend wird durch die abstrakten Konzeptionen und durch die Glaubenslosigkeit vergiftet. Sogar ihre aktivsten Teile sind doktrinär und fassen Zionismus als Gebiet für die geistige Betätigung auf: man schafft sich Theorien, philosophische Konstruktionen an. Gut, vielleicht ist das Geistesfördernd — jeder Student z. B. schafft sich in seinen ersten Semestern eine „eigene“ Philosophie an — aber denkt ihr, daß das Zionismus ist?

Zionistische Führer! Macht mal eure Augen auf, seht euch uns an: Bewegung oder Stocken, Kampf oder faule Schwäche herrscht bei uns, könnt ihr noch sehen, oder seid ihr schon völlig erblindet?

Das ist der Circulus: Die Führer können es psychologisch nicht zu einer Jugendbewegung bringen, die Jugend ist durch eingepfropfte Vorurteile und Zweifel gekettet.

Man irrt sich, wenn man das Krise nennt, das ist keine Krise, das ist Fäulnis.

Aber es sind noch gesunde Menschen — die aus der Bewegung gekommen — bei uns da, kleine Gruppen, aber starke, junge Leute, die für die Sache ohne Kommas arbeiten und für die gibt es jetzt nur eine Möglichkeit: den Circulus zu durchbrechen.

Die Generation der jetzigen Führer hat ihre historische Aufgabe erfüllt — gut oder schlecht ist eine andere Frage — aber sie muß gehen.

Man muß endlich Platz für die Jugend, für die organischen Zionisten machen, die eine gesunde Atmosphäre schaffen soll, darum Bahn frei!

schärfster Kämpfe sein, aber keine nützliche Arbeit vollbringen.

Diese drei Fragen: Kulturelle Annäherung, Kantone und Parlament, bedeuten nur Verzicht auf unsere Position in Palästina. Man wird nicht nur nichts erreichen, sondern auch an der Lage dürfte nichts geändert werden. Das ganze Spiel kann mit dem Rennen zweier Pferde verglichen werden. Es kommt auf die Schnelligkeit unseres Pferdes an. Bis jetzt hat das arabische Pferd vor dem unseren schon einen Vorsprung erreicht.

Jabotinski berührte noch die Frage der Agrarreform, die er als politisches Problem bezeichnete, deren Erfolg vom politischen Erfolg des Zionismus abhängt. Sodann ging er auf das Mandat ein:

Man fragt uns, was wir wollen. Wir antworten stets: Die Erfüllung der uns gegebenen Versprechen. Juristisch gesehen, bedeutet dies die Interpretation des Willens des Gesetzgebers. Hier muß man auch auf die näheren historischen Ereignisse eingehen.

Als die Bolschewisten die zaristischen Archive öffneten, fand sich ein Brief aus dem Jahre 1916 von dem englischen Außenminister Sir Edward Grey an den russischen Minister Sasanow, in dem die britische Regierung bei der russischen um Stellungnahme zu der Bildung eines politischen autonomen jüdischen Staatswesens in Palästina ersucht. Und zwar eines Staatswesens, dem Jerusalem und die übrigen heiligen Stätten nicht zugehören sollten. Dadurch wollte man ein modus vivendi schaffen. Auf dieser Grundlage bildete sich später die Balfour-Deklaration. In jener Zeit forderten unsere Führer Chaim Weizmann, Sokolow und Sacker in den englischen Zeitungen eine unbedingte nationale Heimstätte. Balfour selbst meinte, daß der Aufbau Palästinas die Selbstverständlichkeit der nationalen Heimstätte bedeute. Lord Cecil, Englands Ministerpräsident während des Krieges, sagte: Armenien den Armeniern, Arabien den Arabern, Erez Israel den Juden.

Überhaupt stehen uns keine politischen Forderungen zu, nur die Forderung unserer einzigen, großen Idee. Wer aber wird fordern? Zwar lauten im obigen Sinne alle Resolutionen, die seit dem 14. Kongreß in Basel gefaßt wurden. Nur wurde an die Verwirklichung dieser Resolution nicht geschritten. Wir sehen, daß trotz allem Geschrei über die letzten traurigen Ereignisse in Palästina kein englischer Beamter suspendiert oder versetzt wurde. Es fragt sich auch, wenn man einige schuldige Beamte bestrafen wird, ob das eine Aenderung des Systems bringen wird. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Unser Feind ist kein Riese und wir keine Schwächlinge. Nur unser fester Wille kann die Triebfeder einer großen Zukunft sein.

**Große Bodenkäufe amerikanischer Juden in Palästina.** Jerusalem. Die „Palestine Land Development Co. Ltd.“ hat in den letzten Tagen die Grundbuchtitel über 760 Dunam an die Kolonie Herzliah angrenzenden Bodens für die „Achusa Aleph“, Neuyork, erhalten. (5300 Dunam in derselben Gegend wurden kürzlich für den Keren Hajessod zur Befriedigung einer Gruppe amerikanischer Käufer „American Zion Commonwealth“ schon übertragen.)

Die „Achusa Aleph“ hatte vor etwa sieben Jahren durch die PLDC. schon ca. 6000 Dunam erworben und darauf die Kolonie Raananah gegründet. Sie hat noch verschiedene Flächen bei der PLDC. bestellt, um anschließend an das am Meer gelegene Herzliah und Raananah neue zu gründen und auf diese Weise einen geschlossenen jüdischen Bodenbesitz in dieser Gegend zu schaffen.

**Prozeß Zentralverein gegen Münchmeyer.** Berlin. Vor dem Amtsgericht Amberg (Oberpfalz) war am 13. Januar Termin zur Verhandlung der Beleidigungsklage angesetzt, die die beiden Vorstände der Ortsgruppe Amberg des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Kaufmann Bloch und Studienassessor Godlewski, gegen den früheren Pfarrer Münchmeyer auf Borkum erhoben hatten. Nachdem Münchmeyer drei Verhandlungsterminen ausgewichen war, erschien er zum vierten Termin selbst, befolgte aber auch diesmal die Taktik der Verschleppung. Im Laufe der Verhandlung, die sich über drei Stunden hinzog, und der eine große Zuhöreremenge beiwohnte, stellte Münchmeyer Widerklage gegen die beiden Privatkläger, weil diese in einer Publikation behauptet hätten, er, Münchmeyer, sei wegen würdelosen Verhaltens als Geistlicher seines Amtes entbunden worden, und es sei schlimm um eine politische Partei bestellt, die sich einen solchen Mann als Führer gefallen lasse. Der Widerklage, die auch dem Willen der Kläger entspricht, wurde stattgegeben. Auf Antrag der Kläger wurde dann zum Zwecke der Beschaffung von weiterem Beweismaterial gegen Münchmeyer die Verhandlung ausgesetzt und auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Jabotinski zur politischen Lage

Auszug aus seiner in Tel-Aviv gehaltenen Rede

Die gegenwärtige Situation steht im Zeichen der Jagd nach dem Frieden, wird aber keinen Frieden bringen. Die Auffassungen über die Lage Palästinas sind geteilt. Ich will nicht allen Auffassungen entgegenreten, doch muß man sich mit ihnen befassen, um die wirkliche Lage zu klären. Was die Annäherung der Juden und Araber betrifft, so ist es — staatspolitisch gesehen — ein Traum, beide Völker organisch zusammenzufassen. Diese Feststellung soll kein Werturteil der Araber enthalten und nicht besagen, daß sie besser wie wir sind. Palästina ist nicht die Schweiz. In Palästina handelt es sich um zwei Völker, zwei Kulturen, zwei Epochen, die miteinander zu verbinden unmöglich ist.

Das Judentum in Palästina lebte bisher ohne dem Bedürfnis arabisch zu sprechen, ohne mit den Arabern in engeren Verhältnisse zu treten. Das dokumentiert, daß kein Bedürfnis nach einer Anpassung vorlag. Wenn dem nicht so wäre, warum hätten wir da unsere Geschichte studieren brauchen, uns in ihr vertieft? Wissen wir nicht, daß gerade dann, wenn wir fremde Sprachen erlernten, uns anzupassen suchten, wir uns assimilierten. Und das als Folge der Assimilation der Antisemitismus auftauchte. Dies haben wir in Polen, in Deutsch-

land, in Rußland erlebt. Ueberall trat der Antisemitismus in Erscheinung, wo wir uns fremden Kulturen neigten, ihnen durch Unterwürfigkeit gerecht zu werden versuchten.

Ich hörte von dem Vorschlag, daß Kantone die Lage retten werden. Ich weiß nicht, ob die Araber diesen Vorschlag billigen. Wie denkt man sich jedoch diese Kantone? Wird ein Jude in einem arabischen Kanton oder ein Araber in einem jüdischen, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit es beispielsweise erfordert, übersiedeln können. Wie wird die Grenzregulierung der Kantone sein, wie ihre organische Bindung zur Einheit des Landes? Auf diese Fragen haben die Befürworter des Gedankens keine Antwort gegeben.

Andere wünschen ein Parlament. Wird dieser Vorschlag Frieden bringen? Ein Parlament ist in zwei Formen denkbar. Entweder haben die Araber darin die Mehrheit, und dementsprechend würden sie alle wirtschaftlichen und politischen Fragen in ihrem Sinne entscheiden können. Eine jüdische Mehrheit ist ausgeschlossen. Höchstens würden die Engländer das Zünglein an der Waage bilden. Ob dann die Araber zufrieden sein werden, ist sehr zu bezweifeln. In der jetzigen Situation kann das Parlament nur der Boden weiterer

# Glossarium

Im Amerika geschehen zuweilen Dinge, die wir mit unseren europäischen Maßen gar nicht messen können. Man könnte von dort unzählige solcher Fakten nennen, die uns Europäern wie Märchen klingen, dem Amerikaner aber keinen Ruf des Staunens zu entlocken vermögen. Wenn aber dort schon was passiert, was sogar dem Amerikaner märchenhaft klingt, so muß es schon...

Ich meine hier die Feststellung, die man kürzlich in einer Neuyorker höheren Schule gemacht hat. Man hat da also festgestellt, daß diese Schule mit besonders genial begabten Schülern gesegnet ist, mit Schülern, die die gelehrte Welt als wahre Wunder betrachtet. Es sind Jungen im Alter von 14—15 Jahren, die bei jedem Examen Wunder vollbringen, mit denen sie ihre um Jahre älteren Kollegen beschämen und sogar manchen Professor mit allen seinen Kenntnissen und Wissenschaften sozusagen an die Wand gedrückt haben!

Und vielfach ist es vorgekommen, daß einer dieser Wunderschüler einem grauhaarigen Professor Fragen stellte, die dieser beim besten Willen nicht beantworten konnte und daß darauf ein anderer Wunderschüler die Fragen klipp und klar gelöst hat.

In jener besagten Schule hat man 121 solcher Schüler festgestellt, und man kann sich denken, mit welchem Stolz die Schule diese Zahl bekanntgegeben hat. Professoren haben prophezeit, daß die 121 Knaben geniale Ingenieure, Schriftsteller, Aerzte und andere Größen abgeben werden, und zwar „Größen“ im wahren Sinne des Wortes. Und nun kommt die Ueberraschung: von den 121 Wunderschülern sind 80 Prozent jüdische! Judenkinder, deren Eltern aus Europa kamen, in Amerika mit Schnürsenkeln und Laubfröschen handeln und dort wohnen, wo alle Armen Neuyorks ihre Zelte aufgeschlagen haben und überhaupt wo Jiddisch gesprochen wird. Nun sitzen die Gelehrten beisammen und klären: Wieso? Warum gerade sie? Andere Eltern haben doch auch Kinder, aber warum gerade sind die ostjüdischen so stark bei den 121 Wunderschülern? Und schon tüftelt einer eine Antwort aus, und man muß sagen, er hat recht. Er sagt: Gerade jene Juden aus dem Osten, die ewig zurückgedrängt wurden von allen Bildungsanstalten und Möglichkeiten zur geistigen Entwicklung, gerade diese entfalten sich unter der freien Sonne Amerikas und bringen so ihre angeborenen Fähigkeiten vor die Welt. Das sind dieselben Juden, die im Osten in Jeschiwachs hocken und Gaonim werden, und die hier, auf anderen Gebieten, ebenfalls Gaonim werden. Vorläufig hat man noch keine bessere Lösung des Rätsels und solange eine andere Lösung nicht gefunden wird, bin ich herzlich gern geneigt, an diese Lösung zu glauben.

Zwischendurch hat eine amerikanische Zeitung versucht, das Rätsel zu klären: ja, das ist alles wahr, aber geistig mögen die 80 Prozent Juden hochentwickelt sein — aber, wie steht es mit dem Physischen?

Gemach, gemacht! Hier ist die Antwort der Schule: Unsere Wunderkinder sind fast ohne Ausnahme gute Sportsleute, wenn sie auch nicht auf den Sport ihren ganzen Geist konzentrieren, wie es der gewöhnliche Schüler tut. Bums!

In einer völkischen Versammlung hat kürzlich ein Hetzredner „erklärt“, die Juden seien arbeitscheu und faul und man sähe schon in Palästina, daß das stimme, denn — die Araber waren nicht gewillt, die Arbeiten der Juden zu machen und da hätten sie Krach gemacht und sich gerächt...

Ich meine, was geht uns die weiche Birne jenes völkischen Redners an? Sie kann uns höchstens ein Studierobjekt sein, an dem wir lernen, wie weit die Erweichung eines menschlichen Hirnes gehen kann. Aber nicht einmal dies ist sie mir heute. Ich will nur feststellen, daß viele Hetzmethoden der Völkischen zum Verwechseln ähnlich sind mit denen der Kommunisten. Und überhaupt, wo es gegen Juden geht, haben sie beide ein und denselben Ton. Ich will, Gott behüte, nicht sagen, daß der Kommunismus soweit gesunken ist wie der Hitlerianismus — nein! Denn der Kommunismus hat immer noch „den“ Funken „Sittlichkeit“, der den Hitlerianern fehlt, aber ich will nur gesagt haben, daß manchmal, bei ganz geringen Anlässen, daß also manchmal — doch ähnliche Töne erklingen. Zum Beispiel weiß ich, daß in der russischen kommunistischen Partei die „Meinung“ verbreitet ist, daß der Jude in Palästina mit dem Schweiß der Araber groß werden will und daß der Araber nobbich versklavt werden soll, womöglich noch mit Bleigewichten an den Fußknöcheln. Aus dieser verbohrtten Meinung heraus hat sich in

Rußland die Zionistenfeindlichkeit verstärkt und die Hetze ist nicht klein. Sie haben in Rußland sogar schon einen Witz gemacht, den jeder Schuljunge kolportiert. Und das ist der Witz: Als die Juden Palästina als Heimstätte bekamen, seien sie zu Lloyd George gegangen und hätten gejammert: „Weh ist uns — wir haben zwar eine Heimstätte, aber keinen Grundbesitz!“

Darauf hatte Lloyd George gesagt: „Keinen Grundbesitz? Kauft euch welchen, dann habt ihr einen!“

Da gingen die Juden hin und kauften Boden. Aber gleich liefen sie wieder zu Lloyd George: „Weh ist uns — wir haben zwar Boden, aber keine landwirtschaftlichen Geräte!“

„Ruhe“, befahl da Lloyd George — „was regt

ihr euch auf? Keine Maschinen? Kauft euch welche!“

„Richtig“, antworteten da die Juden, „daß wir nicht schon darauf verfallen sind!“

Und dann gingen sie hin und kauften Maschinen. Aber sie liefen schnell wieder zu Lloyd George: „Weh ist uns — es geht uns schlecht!“

Da regte sich Lloyd George auf und schrie: „Was? Es geht euch schlecht? Ihr habt doch nun alles! Ein Nationalheim — Boden — Maschinen! Was wollt ihr denn noch?“

„Ei, ei“, jammerten die Juden. „Es ist wahr, wir haben das alles, aber — die Araber wollen nicht arbeiten!“

Man sieht also, daß der völkische Redner seine Weisheit aus einer Apotheke bezogen haben kann. Deshalb sage ich: es ist eine „teure“ Weisheit.

J. K.

## Unterdrückung der Juden in den Schulen Polens

Warschau. In der Sitzung der Budgetkommission des polnischen Sejm hielt der Vorsitzende des jüdischen Parlamentsklubs J. Grünbaum eine große Rede über die Nöte und Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung auf dem Gebiete des Schulwesens. Von tausend Kindern polnischen Nationalität, führte Grünbaum aus, besuchen alle Schulen mit polnischer Unterrichtssprache; von tausend Kindern deutscher Nationalität besuchen 553 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, von tausend ukrainischen Kindern besuchen 273, von tausend litauischen Kindern 41, von tausend weißrussischen Kindern 3,5 Schulen ihrer Muttersprache; demgegenüber besucht von tausend jüdischen Kindern kein einziges eine staatliche Schule mit hebräischer oder jiddischer Unterrichtssprache, weil es solche Schulen nicht gibt. Fast will es scheinen, daß das Volksbildungsministerium die Polonisierung der Juden mit Hilfe der Schule erstrebt. Die Regierung unterhält eine große Reihe öffentlicher Schulen mit polnischer Unterrichtssprache, die ausschließlich für jüdische Kinder bestimmt sind. 230 000 jüdische Schulkinder, das sind 50 Prozent aller jüdischen Kinder im Schulalter überhaupt, besuchen Staatsschulen mit polnischer Unterrichtssprache. Aus diesen Schulen werden die Lehrer systematisch hinausgedrängt, an ihre Stelle kommen nichtjüdische Lehrer. In den fast ausschließlich von jüdischen Kindern besuchten Staatsschulen gibt es 1889 jüdische und rund 3000 nichtjüdische Lehrer. Die jüdischen Schulkinder werden von den nichtjüdischen Lehrern antisemitisch beschimpft und oft schwer mißhandelt. Die Lehrer zwingen die jüdischen Kinder, ein Liedchen zu singen, das mit den Worten anfängt: „Mögen alle Juden krepieren!“ Das Bildungsministerium hat einmal eine Verordnung erlassen, daß man in diesen Schulen neben dem religiösen jüdischen Religionsunterricht auch Unterricht in Hebräisch und in jüdischer Geschichte erteilt; die Verordnung blieb auf dem Papier.

An den Staats- und Mittelschulen, fuhr Grünbaum fort, nimmt man jüdische Schüler in nur beschränkter Zahl auf. An der staatlichen technischen Schule gibt es nur wenige jüdische Schüler. An den technischen Fakultäten der Hochschulen werden Juden in einer Norm von 12—14 Prozent aufgenommen. An den medizinischen Fakultäten werden 60—80 Prozent der Aufnahmegesuche von Juden abschlägig beschieden, von nichtjüdischen Hörern werden kaum 10 Prozent der Gesuche unberücksichtigt gelassen. Man legt den Juden Schwierigkeiten in den Weg, wenn sie an ausländischen Universitäten studieren wollen. Man gewährt ihnen keine Gebührenermäßigung bei Pässen, jeder Studierende muß alle drei Monate 250 Zloty an Paßgebühren bezahlen. Die Nostrifizierung ausländischer Diplome wird erschwert. Es sind Zustände, die an die Zarenzeiten erinnern. Die Zahl der im Ausland studierenden jüdischen jungen Leute aus Polen ist 10 000. Die von den Juden erhaltenen Schulen mit hebräischer und jiddischer Unterrichtssprache haben kein Öffentlichkeitsrecht und erhalten keinerlei Stütze seitens der Regierung. Das American Joint Distribution Committee gibt für die Erhaltung dieser Schulen 500 000 Zloty jährlich aus.

Auch die jüdischen religiösen Bedürfnisse wer-

den in keiner Weise befriedigt. Die Regierung subsidiiert das gesamte jüdische Religionswesen mit 120 000 Zloty, eine mehr als lächerliche Summe. Die Politik des Bildungsministerium gegenüber den Juden ist ohne Programm und ohne Ziel.

Der Minister für Volksbildung, Czerwinsky, erklärte als Antwort auf Grünbaums Ausführungen, daß es wunde Stellen gibt, die auch den Polen wehtun. Auch die nichtjüdischen Studenten, die im Ausland studieren, müssen die hohen Paßgebühren leisten. Ich bin, führte der Minister weiter aus, ein Anhänger einer Vereinigung der jüdischen mit den allgemeinen Schulen, wo diese Vereinigung die Schaffung eines höheren Schultypus zur Folge haben könnte; in anderen Fällen bin ich Gegner einer solchen Vereinigung.

### Beschlüsse der 7. Landeskongress der Poale Zion

Palästina-Resolution. 1. Die Konferenz drückt ihre Solidarität mit der Stellungnahme und Tätigkeit der Histadruth vor, während und nach den Ereignissen aus. Die Konferenz dankt dem Selbstschutz, der die Existenz des Jischuw und seine Würde gerettet hat. Die Konferenz sieht in der jüdischen Einwanderung und Kolonisation die Grundlagen des Fortschritts und des Friedens im Lande und im jüdischen organisierten Arbeiter den Vorkämpfer für die Verständigung der beiden Völker und für ihren gemeinsamen Aufstieg. 2. Die Konferenz stellt mit großer Befriedigung fest, daß der Jischuw trotz der schweren Leiden sich nicht durch Stimmungen des Hasses und der Rachsucht hat beherrschen lassen und daß die Histadruth der Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der arabischen Massen in Palästina und der jüdischen Arbeiterklasse Rechnung tragend mit verdoppelter Energie ihre Bemühungen fortsetzt, die gemeinsame Basis für das Leben beider Völker zu schaffen. 3. Die Konferenz stellt fest, daß die reaktionäre Gefahr der revisionistischen Bewegung sich in ihrem Verhalten vor den Ereignissen gezeigt hat. Der Revisionismus lenkt die jüdische Jugend vom Wege chaluzischen Schaffens ab, erzieht sie zum Haß gegen die Arbeiterbewegung und im Geiste chauvinistischer Phraseologie, die bei den Lebensbedingungen im Lande geeignet ist, die Beziehungen zwischen den Völkern zuzuspitzen und den Weg zur Verwirklichung des Zionismus zu erschweren. 4. Im Gegensatz zu Tendenzen, die in gewissen zionistischen und antizionistischen Kreisen aufgenommen sind und die zum Ziel haben, den Zionismus auf die Schaffung eines geistigen Zentrums in Palästina zu reduzieren — Tendenzen, die im Widerspruch zu den Bedürfnissen der jüdischen Massen in der Galuth stehen — betont die Konferenz, daß die Poale Zion stets den Hauptinhalt der zionistischen Bewegung in der Schaffung eines Zentrums der Arbeit und des Eigenlebens für die jüdischen arbeitenden Massen in Palästina gesehen haben.

Resolution zur Chaluzbewegung. Die Konferenz betrachtet die Alijah als die wichtigste Aufgabe bei der gegenwärtigen Lage im Zionismus und in Erez Isruel und beauftragt das Zentralkomitee, die Gedanken der Chaluziuth zu propagieren, sowie die Arbeit des Hechaluz für Hachscharah und Alijah auf jegliche Weise zu unterstützen.

Resolution betreffend Gemeindeprogramm. Die Konferenz beauftragt das Zentralkomitee, baldigst einen Entwurf eines polen-zionistischen Gemeindeprogramms auszuarbeiten.

Organisatorische Resolution. Die Konferenz erklärt die Mitgliedschaft zur jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation Poale Zion in Deutschland mit der Mitgliedschaft zur Zionistischen Vereinigung für Deutschland für vereinbar.

**Kristall  
Porzellan  
Geschenkartikel**

in größter Auswahl in jeder Preislage  
**Rosenthal-Niederlage  
Otto Buhlmann  
Petersstraße Nr. 36**

## Aus der jüdischen Welt

**Auch der portugiesische Generalkonsul in Lettland ein Jude.** Riga. Die portugiesische Regierung ernannte ihren bisherigen Honorarkonsul in Riga, Herrn Brakman, einen Juden, zu ihrem Generalkonsul für ganz Lettland. — Wie schon mitgeteilt, ist auch der portugiesische Konsul in Lodz ein Jude.

**Aufhebung der Immunität des Religionschänders Feder.** Berlin. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Feder-Sachsen unter Aufhebung seiner Immunität zu erteilen, weil er in dem von ihm verantwortlichen gezeichneten Blatte die jüdische Religion beschimpft worden war und unter Verantwortung des Abg. Feder Einrichtungen der katholischen Religion verhöhnt worden waren.

**Der Führer der nationalsozialistischen Studentenschaft Frankreichs relegiert.** Frankfurt a. M. Rektor und Senat der Universität Frankfurt a. M. haben den Führer der nationalsozialistischen Studentenschaft von der Universität verwiesen. Bei der Wahl zu der sog. allgemeinen Frankfurter Studentenschaft hatte der jetzt Gemäßregelte ein nationalsozialistisches Flugblatt unterzeichnet, in dem die Universität Frankfurt a. M. eine „Hochburg jüdischer Frechheit und marxistischer Unverschämtheit“ genannt wurde.

**Nichtjuden bilden die Mehrheit im Moskauer „Ozet“.** Moskau. Die Moskauer private Gesellschaft zur Förderung des jüdischen Kolonisationswerks „Ozet“ hielt soeben ihre Jahresversammlung ab, die von 640 Delegierten, 350 Juden und 250 Nichtjuden besucht war. Von den über 16 000 Mitgliedern des Moskauer „Ozet“ sind 60 Prozent Nichtjuden. In der Jahresversammlung wurde unterstrichen, daß Ozet nicht mehr eine unparteiliche Organisation ist, sondern von jetzt ab die Arbeit nach rein kommunistischen Instruktionen führen will.

**Millionenstiftung der Firma Leonhard Tietz für eine Angestellten-Pensionskasse.** Köln. (Jta.) Der Seniorchef des Warenhauskonzerns Leonhard Tietz-Köln, Herr Dr. h. c. Alfred Tietz, hat während der Feier des 50jährigen Bestehens der Firma, die im Kongreßsaal der Messehalle abgehalten wurde, die Mitteilung gemacht, daß die Firma außer der Spende von 250 000 M. zugunsten der Ortsarmen jener Städte, in denen der Konzern Filialen hat, und der Errichtung einer „Leonhard-Tietz-Stiftung“ mit einem Grundstock von 125 000 M., die den Angestellten in Notfällen eine Hilfe gewährt, auch noch eine Stiftung in Höhe von 1,5 Millionen M. als Pensionskasse für ihre Angestellten errichtet.

**Die hebräische Nationalbibliothek besitzt die größte deutsche Büchersammlung in Asien.** Berlin. Die „Literarische Welt“ weist darauf hin, daß die hebräische Nationalbibliothek in Jerusalem, deren neues prächtiges Gebäude auf dem Scopus-Berge über Jerusalem errichtet worden ist, die größte deutsche Büchersammlung in Asien enthält. Infolge großer Ankäufe und reicher Schenkungen, u. a. von der preußischen Regierung und deutschen Verlegern, übertrifft hier das deutsche Buch alle anderssprachigen, und so dürfte nach der hebräischen Literatur die deutsche am meisten gelesen werden.

**Rabbi Abba I. Krim in Berlin.** Berlin. (Jta.) Auf seiner Reise durch Europa, wo er die geistige, politische und wirtschaftliche Lage der Juden studiert, ist Rabbi Abba I. Krim, Mitglied der Central Conference of American Rabbis, in Berlin eingetroffen. Rabbi Krim, der in einigen großen Gemeinden Amerikas das Rabbineramt bekleidete, arbeitet an jiddischen, hebräischen und englischen großen Zeitschriften mit, ist Verfasser mehrerer Biographien, Erzählungen und Gedichte, übersetzte Bialik, Tschernichowski und Schneur ins Hebräische und verfaßte eine Geschichte der mittelalterlichen Philosophie, ein Werk „Das Judentum als Weltreligion“ und eine Geschichte des Judentums von Ezra bis auf die Gegenwart. Er schrieb über Martin Buber und viele andere Gelehrte und wirkte an dem Zustandekommen des Pro-Balfour-Beschlusses des amerikanischen Kongresses mit.

**Eröffnung des Spinoza-Museums im Haag.** Haag. Das Spinoza-Haus im Haag, das die Spinoza-Gesellschaft vor wenigen Jahren erworben hatte und zu dessen Erwerb auch das Auswärtige Amt unter Stresemann ebenso wie die französischen Ministerien des Auswärtigen und des Unterrichts unter Briand und Herriot beigetragen haben, wurde heute als Spinoza-Museum der Öffentlichkeit übergeben. Die durchgeführte Restauration hat im wesentlichen den alten Zustand herstellen können. Der Bürgermeister vom Haag Patija begrüßte die Erschienenen. Dr. Gebhardt-Frankfurt a. M. gab auf Grund archivarischer Forschungen einen Ueberblick über die Geschichte des Hauses, das der Maler Jan van Grijen für sich erbaut hat, und legte die weiteren Pläne der Spinoza-Gesellschaft: Ausgestaltung des Hauses zum Spinoza-Institut und Abhaltung internationaler akademischer Kurse, dar.

**Mehrheit des jüdischen Parlamentsklubs für gemäßigte Politik gegenüber der Regierung.** Warschau. Bei der Beratung des Textes der im Sejm zu verlesenden Deklaration hat — wie die Zeitung „Moment“ mitteilt — der Vorsitzende des Klubs eine schärfere Tonart im Sinne einer konsequenten Opposition vorgeschlagen, die aber nicht die Billigung der Mehrheit der Klubmitglieder gefunden hat. Die ostgalizischen Deputierten, die schon bisher gegen Grünbaum in konsequenter Oppositionspolitik aufgetreten waren, und ein Teil der bisherigen Anhängerschaft Grünbaums gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Lage der jüdischen Bevölkerung eine so verzweifelte sei, daß man der jetzigen Regierung etwas Kredit geben müsse, in der Erwartung, daß sie gegenüber den jüdischen Postulaten vielleicht doch ein Entgegenkommen zeigen würde.

**Das neue türkische Schulgesetz und die Juden.** Konstantinopel. In Zusammenhang mit der neuen Gesetzesvorlage, derzufolge alle Kinder türkischer Untertanen im Alter von 7—12 Jahren nur türkische Schulen zu besuchen hätten (es wurde bekanntlich befürchtet, daß das Gesetz auf die Vernichtung der Minoritätsschulen und also auch des jüdischen Schulwesens hinzielt), erklärte ein hoher Beamter dem Korrespondenten der JTA, daß das Gesetz unter „türkischen“ Schulen auch die Schulen der nationalen Minoritäten verstehe. Die Gesetzesvorlage scheint sich also ausschließlich gegen die Missionsschulen zu richten, die von keiner nationalen Minderheit getragen werden und dennoch nicht Türkisch als Unterrichtssprache haben. Die Missionsschulen haben in letzter Zeit auch jüdische Schüler in großer Zahl angezogen und dadurch die jüdischen Schulen geschädigt. Als Folge des neuen Gesetzes ist ein Zurückströmen der jüdischen Schülerschaft aus den Schulen der Missionsgesellschaften in die jüdischen Schulen und damit eine neue Blüte der letzteren zu erwarten.

**Abordnung der polnischen Juden Amerikas beim polnischen Gesandten in Washington.** Washington. Der polnische Gesandte in den Vereinigten Staaten, Herr Titus Philipowicz, empfing eine Abordnung der Föderation polnischer Juden Amerikas, die ihm ein Memorandum überreichte, in welchem u. a. die Anregung enthalten ist, daß die polnische Regierung eine Sonderkonferenz zur Beratung von Maßnahmen zur Besserung der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der polnischen Judenheit einberufen soll. Der Gesandte versprach, das Memorandum mit entsprechenden Empfehlungen seiner Regierung zu übermitteln. In der Aussprache mit dem Gesandten wiesen die jüdischen Vertreter auf die schlechten Folgen der staatlichen Monopolwirtschaft hin. Gesandter Philipowicz führte aus, die polnische Regierung kenne keine religiösen und Rassenunterschiede, die antisemitischen Vorfälle seien Ausnahmen. Mit der Zunahme des allgemeinen Wohlstands Polens werde sich auch die Lage der Juden bessern.

## Dresdner Umschau

Verein jüdischer Händler und Angestellter in Dresden

Am 18. d. M. feierte der genannte Verein sein fünfjähriges Bestehen mit einer großangelegten Festlichkeit in den Sälen des Logenhauses Ostra Allee 15.

Aus kleinen Anfängen hat dieser Verein sich auf dem Gebiete der Wohltätigkeit und sozialen Hilfe sowie durch seine Teilnahme an der Gemeindegemeinschaft zu einem wichtigen Faktor emporgearbeitet.

Es war ein glücklicher Gedanke, die zahlreichen jüdischen Händler und Angestellten innerhalb der Dresdner Gemeinde zu organisieren, zunächst um ihre eigenen Standesinteressen wirksam zu vertreten und sich in unverschiedener Notlage gegenseitig zu unterstützen. Dieser erste und wichtige Programmpunkt des Vereins ist in durchaus wirksamer Weise durchgeführt worden. Es sind im Laufe der ersten fünf Jahre recht ansehnliche Summen von diesen, mit Glücksgütern nicht gesegneten Kreisen aufgebracht worden, um wankend gewordene Existenzen zu stützen oder neu zu begründen. Je größer in den letzten Jahren die Wirtschaftsnot geworden ist, desto höhere Ansprüche wurden in dieser Beziehung an den Verein gestellt. Es ist ihm trotzdem in den meisten Fällen gelungen, die übernommenen schweren Pflichten zu erfüllen. Im letzten Jahre kam dazu noch die äußerst zeitraubende Aufgabe, die Paßangelegenheiten von Mitgliedern und Nichtmitgliedern zu erledigen, eine Arbeit, die um so schwerer zu leisten ist, als die meisten Vorstandsmitglieder den größten Teil der Woche unterwegs beschäftigt sind und daher nur gelegentlich einen Abend oder Sonntag für Vereinsarbeit zur Verfügung haben.

Der Händlerverein ist seiner Satzung gemäß in politischer und religiöser Beziehung neutral. Nichtsdestoweniger haben seine bewährten Führer es verstanden, unter ihren Mitgliedern auch den Sinn und das Interesse für die politischen und religiösen Fragen des Gemeindegemeinschaft zu wecken. Während

die entrechteten ostjüdischen Kreise bis vor zwei Jahren, wo die Jüdische Volkspartei gegründet wurde, dem Gemeindegemeinschaft vollständig teilnahmslos gegenüberstanden, haben die Führer des Händlervereins nach Gründung der Volkspartei in vollem Verständnis ihrer großen Aufgaben nicht nur selbst lebhaft an der Arbeit der Volkspartei teilgenommen, sondern auch ihre Vereinsmitglieder dafür zu interessieren gewußt. Rückwirkend ist dadurch das Ansehen des Händlervereins und das allgemeine Interesse für den Verein ganz wesentlich gestiegen, so daß diese heute eine ganz andere Position innerhalb der Gemeinde einnimmt als es noch vor zwei Jahren der Fall war.

Alles in allem darf der Vorstand des Vereins, der heute bis auf wenige Ausnahmen aus den bei der Gründung vorhandenen Mitgliedern besteht, mit großer Genugtuung auf die abgelaufenen fünf Jahre zurücksehen. Gleich dem ersten Vorsitzenden S. Vogel, der als eigentlicher Führer des Vereins anzusehen ist, gibt der Vorstand der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß Mitglieder und Freunde des Vereins ihm auch in kommenden Jahren ihre treue Mitarbeit und ihre opferwillige Freundschaft bewahren werden. In diesem Sinne rufen wir dem Vorstände und allen Vereinsmitgliedern einen herzlichen „chasak“ zu.

### Generalversammlung der Beerdigungsbrüderschaft

In der von der Beerdigungsbrüderschaft einberufenen Generalversammlung, deren Zusammenritt seit längerer Zeit erwartet wurde und im Gemeinderat von der Fraktion der Jüdischen Volkspartei nachdrücklich gefordert worden war, erklärte nach dem vom Vorstand Rechtsanwalt Salinger vorgetragenen Vereinsbericht Direktor Dr. John Levi, der gleich dem anwesenden Vorsteher, Kaufmann Weiger, in der Eigenschaft als Gemeindevorsteher an der Sitzung teilnahm, daß nach § 3 des Vereinsstatuts jeder unbescholtene Israelit männlichen Geschlechts vom 21. Jahre an Mitglied der Beerdigungsbrüderschaft werden könne. Mithin sei, so betonte Dr. Levi, eine Zurückweisung von Mitgliedern, wie sie im Verlauf der letzten Jahre mehrfach erfolgte, überhaupt nicht zulässig. Dr. phil. Schornstein erbrachte hierzu Einzelheiten, wie lieblos der Vorstand der Beerdigungsbrüderschaft bei seinen Entschlüssen über die Aufnahme neuer Mitglieder verfahren sei, und daß die sich Meldenden fast ausnahmslos nur deshalb zurückgewiesen worden seien, weil sie aus dem Osten stammten. Kaufmann J. Reinhold stimmte mit den Vorrednern darin überein, daß die Chewra Kadischa einer Auffrischung und Erneuerung dringend bedürfe. Herr S. Weinreich sprach über die Chewra Kadischa als einem sozialen Organ des Judentums. Rabbiner Prof. Dr. Winter verwies auf die geringe Teilnahme bei vielen Beerdigungen, die auf mangelhafte religiöse Gesinnung bei West- und Ostjuden schließen lasse. Rechtsanwalt Salinger erwiderte darauf, daß die schweren Zeiten die weitaus größte Mehrheit der Gemeindeglieder nötigen, ihrem Erwerb nachzugehen. Auf die Hinzuziehung bezahlter Kräfte könne daher beim Leichendienst nicht verzichtet werden. Der anschließend von Dr. Schornstein gestellte Antrag, eine Satzungskommission zwecks Umgestaltung des jetzt geltenden Statuts zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Zu Mitgliedern dieser Kommission wurden die Herren Dr. Schornstein und S. Weinreich, ferner drei Vorstände der Beerdigungsbrüderschaft und das Rabbinat bestimmt. Gleichzeitig wird sich die Satzungskommission mit einem Antrag Reinhold, der verlangt, daß die Beerdigungsbrüderschaft bei Leichenverbrennungen nicht mitwirken dürfe, beschäftigen. Als zweiten Hauptpunkt der Tagesordnung erledigte die von Bankprokurist Max Estreicher geleitete Generalversammlung die Neuwahlen zum Vorstand der Beerdigungsbrüderschaft. Herr Oskar Lesser, der gebeten hatte, mit Rücksicht auf sein hohes Alter von der Wiederwahl als Vorstand abzusehen, wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Im übrigen setzt sich der bis Ende Dezember gewählte Vorstand zukünftig wie folgt zusammen: Herr Isidor Salinger als Vorsteher für rituelle Angelegenheiten, Herr Max Estreicher als Vorsteher für geschäftliche Angelegenheiten, und Herr Marcus Klein als Stellvertreter des Vorstehers für rituelle Angelegenheiten. Als Deputierte des Gemeindevorstandes und Gemeinderates fungieren die Herren Rechtsanwalt Salinger, S. Weinreich und Direktor M. Zucker.

### Was bietet Dresden?

Die Oper brachte mit beispiellos großem Erfolg Weinbergers „Schwanda, der Dudelsackpfeifer“ heraus.

Im Centraltheater wird ab 24. d. M. Lehárs „Das Land des Lächelns“ in hervorragender Besetzung gegeben.

Ludwig Wüllner gibt am 27. d. M. 7.30 Uhr im Palmengarten einen Vortragsabend.

Kurt Striegler, der vor wenigen Tagen sein 25jähriges Jubiläum als Staatsoperkapellmeister feierte, gibt aus diesem Anlaß am 11. Februar ein großes Konzert im Gewerbehause. Ausführende u. a.: Ivar Andrésen, Friedrich Plaschke, Liesel von Schuch, die Staatskapelle, der Sinfonie-Chor. Ballfeste von Ruf finden in den kommenden Wochen eine größere Anzahl statt: Am 25. Januar in der Harmonie der Architekten-Ball und im Centraltheater Künstlerball, am 1. Februar der Opernball, am 8. Februar „Karikatur“, das Fest der Kunstgenossenschaft.

